

Er scheint an allen Werktagen. Bezugspreis... in der Geschäftsstelle 250... in den Ausgabestellen 260... durch Zeitungsboten 300... am Postamt... 275... ins Ausland 20 deutsche Mark... Fernsprecher: 4246, 2275, 3110, 3249... Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreise: f. b. Grundstücke im Angebotsverfahren... 50.—M. ... 150.—M. ... 3.50 M. ... 10.—M. ... Telegammadresses: Tagesblatt Posna.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 30) 283 in Poznan.

## Die beginnende Neuregelung der Weltwirtschaft.

Der deutsch-russische Sondervertrag. — Die Eisenbahnfrage in Genua. — Amerikas Forderung.

### Rückblick.

Das große Ereignis der vorigen Woche war der überraschende Abschluß des Sondervertrages zwischen Deutschland und Rußland, der am Dienstag in Rapallo unterzeichnet wurde. Der außerordentliche Eindruck, den dieses Ereignis, dem eine große Bedeutung nicht abgesprochen werden kann, in der ganzen Welt hervorrief fand seinen Widerhall in den Äußerungen der Presse aller Länder, in Erklärungen der in Genua versammelten Staatsmänner und in einer Note der Verbandsmächte an die deutsche Regierung. Wir haben sowohl den Inhalt dieser Note, deren Kern der Ausschluß der Vertreter Deutschlands aus dem Genuaer vorbereitenden Ausschuss für russische Angelegenheiten ist, als auch die deutsche Antwort darauf schon wiedergegeben. Das Entscheidende an dieser Antwort ist der Abzahn, in dem mit allem Nachdruck festgestellt wird, daß von einer Revision oder gar Annullierung des deutsch-russischen Vertrages keine Rede sein könne. An sich ist das eine Selbsterständlichkeit, denn man schließt nicht heute einen wichtigen Vertrag, um ihn morgen wieder für null und nichtig zu erklären, solange von Souveränität noch die Rede ist und man nicht zu einem reinen Vasallenstaat herabgesunken ist. Angesichts der Haltung Frankreichs, das auf eine Annullierung des Vertrages hinarbeitet, ist aber die nochmalige Betonung dieser Selbsterständlichkeit von besonderer Bedeutung. Deutschland hat damit unzweideutig erklärt, daß es vor der drohenden Haltung Frankreichs nicht zurückweichen beabsichtigt. Diese Erklärung gewinnt ein sehr interessantes Gesicht durch die Tatsache, daß die Grundgedanken der Antwortnote eingehend mit Lloyd George und Schanzer durchgesprochen worden sind und augenscheinlich deren Billigung erfahren haben. Besonders Schanzer hat sich mit großer Energie dafür eingesetzt, eine Basis zur Einigung zu finden. Auf seine Anregung dürfte es zurückzuführen sein, daß die deutsche Delegation durch einen Verzicht auf Mitarbeit in der vorbereitenden Kommission für russische Angelegenheiten den Alliierten die Hand zum Einlenken bietet. Sachlich bedeutet dieser Verzicht kein Opfer für Deutschland, denn auf die Regelung der Beziehungen zwischen der Entente und Rußland hätte Deutschland sowieso keinen Einfluß ausüben vermocht, es lag auch gar nicht im deutschen Interesse sich in diese Verhandlungen einzumischen. Den Alliierten aber öffnet sich durch diesen Verzicht ein Hintertürchen zum Rückzuge, das sie nicht unbenehnt lassen dürften. Von den Beratungen über den eigentlichen Wiederaufbau Rußlands wird sich die deutsche Delegation nicht ausschalten lassen und kann auch aus sachlichen Gründen gar nicht ausgeschaltet werden, weil für ein Gelingen des Aufbauplanes Deutschlands Beteiligung unerlässlich ist.

Es fragt sich nun, ob mit der deutschen Antwortnote der „Zwischenfall“ tatsächlich endgültig beigelegt ist — wie Lloyd George erklärt hat — oder ob es den französischen Bemühungen gelingen wird, entgegen den Wünschen der großen Mehrzahl der Konferenzteilnehmer den „Zwischenfall“ zu einer großen Aktion gegen Deutschland auszunutzen. Die französische und die polnische Presse begrüßten den deutsch-russischen Vertrag zuerst jubelnd als den Kitt, durch den die englisch-französische Allianz wieder zusammengeklebt werden würde. Das scheint nicht ganz zutreffen. Man bemerkt ganz deutlich, daß gerade dieser Vertrag und die Frage der aus ihm zu ziehenden Folgerungen die Gemüter in Genua in zwei Lager scheidet; auf der einen Seite stehen die, die den Vertrag als Sprengpulver gegen die Konferenz von Genua benutzen wollen — das ist in der Hauptsache Frankreich —, auf der anderen Seite die, die das nicht wollen. Und so handelte es sich bei der Debatte, die nach Bekanntwerden des Vertrages von Rapallo einsetzte, nicht nur um diesen Vertrag, sondern zugleich um die Konferenz von Genua und um die Frage, wie weit Frankreich imstande ist, den andern Mächten seinen Willen aufzuzwingen.

Eines der wichtigsten wirtschaftlichen Probleme, die in Genua zur Erörterung stehen, ist die Eisenbahnfrage, und der Verkehrsausschuss der Konferenz hat mit der Bearbeitung dieser Frage bereits begonnen.

Die meisten Bahnen der Welt sind von der Unterernährung und Überanstrengung der Kriegsjahre noch nicht genesen. Allein England hat an seine Privatbahnen als Ausgleich der Forderungen für rüchständige Unterhaltungskosten aus der Kriegszeit für das Jahr 1922/23 60 Millionen Pfund zu zahlen. Die niederländischen Eisenbahnen rechnen für das Rechnungsjahr 1921 mit einem Fehlbetrag von 20 Millionen Gulden, der vertrauensmäßig dem Staat zur Last fällt (denn auch Privatbahnen wissen sich im Bewußtsein ihrer Gemeinnützigkeit für bestandsbedrohende Fehlbeträge bei den Staatskassen zu sichern). Frankreich wirtschaftete im Jahre 1920 mit einem Gesamtfehlbetrag von rund 3 Milliarden Franken, und nach Mitteilungen

der Fachpresse soll der französische Eisenbahnminister den endgültigen Ausgleich des Eisenbahnhaushaltes erst für 1927 in Aussicht gestellt haben. Die dänischen Staatsbahnen schlossen 1920 mit einem Fehlbetrag von 54 Millionen Kronen ab. Ungarn mit mehr als einer Milliarde. Mit großen Mühen kämpft das klassische Reiseland, die Schweiz, um die langsame Eindämmung des Fehlbetrages ihres Eisenbahnwesens; langsam sinkt der Fehlbetrag von 92 Millionen im Jahre 1920 auf 80 Millionen im Jahre 1921; 1922 wird er vermutlich nur mehr 30 Millionen betragen. Italien schließt 1921 mit einem Fehlbetrag von mehr als einer Milliarde Lire ab. Die Vereinigten Staaten, auf deren Eisenbahnwesen man so gerne als auf ein Vorbild hinweist, haben ihren verschiedenen Privatbahngeellschaften schon einen Zuschuß von rund 900 Millionen Dollars gegeben und eine weitere halbe Milliarde ist kürzlich als Anleihe zur Verfügung gestellt worden.

Es geht also kaum einer Eisenbahn gut in der Welt, gar nicht zu reden von der russischen, deren planmäßiger Wiederaufbau erst der Schlüssel zur Wiedererschließung des russischen Wirtschaftsgebietes sein wird. Demnach war es notwendig, daß dort, wo so viele Sachverständige der Wirtschaft zusammenkamen, neben den übrigen Wirtschaftsproblemen auch die des Verkehrs einmal von internationalen Gesichtspunkten aus behandelt werden. Die bisherigen Ergebnisse, soweit sie in dem nun vorliegenden, von England, Frankreich und Belgien ausgearbeiteten „Resolutionsentwurf“ zusammengefaßt sind, billigen das „internationale Eisenbahnregime“, wie es die Konferenz von Barcelona vorschlug, wobei von dem Gedanken ausgegangen wird, daß die Verkehrsbetriebe großer Länder und zwar zumal solcher, die durch ihre kontinentale Lage dem Durchfuhrhandel die Wege bereiten müssen (Deutschland, Polen, Südslawien), keine rein nationale, sondern in sehr bedeutsamem Sinne eine internationale Sache sind. Wir sind heute, zumal in der kontinentalen Eisenbahnpolitik, längst so weit, daß verkehrsfreundliche Beziehungen zwischen aneinandergrenzenden Ländern genau die Wirkungen haben, die man in Deutschland während der Zeit der sogenannten „Eisenbahnkriege“ erleben konnte, als die Bahnen der Länder untereinander trafehten und der arme Verkehr der Leidtragende war. Der Gedanke zwischenstaatlicher Regelung des Eisenbahnwesens ruft aber heute im Zeitalter der Eisenbahnfehlbeträge, naturnotwendig die Frage gegenseitiger finanzieller Aushilfe auf. Der deutsche Vertreter hat das, als er zur Denkschrift der Entente sein grundsätzliches Einverständnis erklärte, mit der gebührenden Deutlichkeit hervorgehoben. Die Fassung der Denkschrift scheint darauf hinzudeuten, daß die finanzielle Hilfe in erster Linie denjenigen Staaten zugedacht ist, deren nationales Eisenbahnwesen als ein Splitter aus einer früheren größeren Eisenbahnverwaltung erst im Werden begriffen ist. Erinnerung sei an Polen, an die Tschechoslowakei und andere Staaten, die im Kriege Leben empfangen, und die heute weder finanziell noch verkehrstechnisch in der Lage sind, ihr neues Gebiet verkehrspolitisch zu gliedern und es organisch in die zwischenstaatlichen Zusammenhänge einzuordnen.

Der bisherige Verlauf der Genuakonferenz wurde zum Teil bedingt durch die Nichtbeteiligung Amerikas, das auch die Mitwirkung bei der Ausführung von Beschlüssen der Konferenz durchaus abhängig macht von den früher schon von Staatssekretär Hughes verlangten Bedingungen: Festsetzung eines freien wirtschaftlichen Programms mit der Abrüstung in allen Ländern als Voraussetzung jeder Sanierungsaktion.

### Die Freitagssitzungen in Genua.

Genua, 24. April. Am Freitag vormittag versammelten sich die Vertreter der fünf einladenden Mächte, sowie Branting, Wotta, Pratiانو und Skirmunt zu einer halbamtlichen Sitzung des Unterausschusses für russische Fragen, um über die russische Antwort zu beraten. Lloyd George teilte mit, daß ihm die Russen am Donnerstagabend eine Note überreicht haben, die, wenn sie ihn auch durchaus nicht befriedige, doch als Grundlage für weitere Verhandlungen werden können. Die neue russische Note ist nach Ansicht Lloyd Georges in manchen Punkten annehmbar. Was andere Punkte betrifft, so werde man noch verhandeln müssen; einige jedoch nicht Gegenstand von Beratungen sein. — Es wurde dann ein Sachverständigenausschuss gewählt, der sich aus sieben Mitgliedern zusammenzieht: fünf Delegierte der einladenden Mächte, ein Mitglied der kleinen Entente und ein Vertreter der neutralen Staaten. — Am Nachmittag fand eine offizielle Sitzung des politischen Unterausschusses statt. An dieser Sitzung nahmen diesmal auch die Russen teil. Die Deutschen dagegen waren nicht anwesend. Der Vorsitzende Schanzer teilte den Russen den Inhalt der Vortragsberatungen mit und gab ihnen Kenntnis, daß die Diskussion über die russische Note erst dann beginnen werde, wenn der am Vormittag gewählte Sachverständigenausschuss seine Denkschrift vorgelegt haben werde. Unmittelbar darauf erklärte Barthou, daß eine direkte und sofortige Anerkennung der Sowjets durch Frankreich unmöglich sei. Lloyd George wies darauf hin, daß beschlossen worden sei, zurzeit die russische Note nicht zu berühren. Barthou erklärte in seiner Antwort an Lloyd George,

daß ihm daran gelegen sei, die Stellung Frankreichs schon jetzt zu charakterisieren, und da müsse er auf die energischste Weise gegen den letzten Abschnitt der russischen Antwort protestieren. In Cannes sei die Anerkennung Rußlands von genau festgesetzten, aber bisher nicht erwähnten Bedingungen abhängig gemacht und außerdem jedem Staat das Recht einer freien Anerkennung der Sowjetregierung zuerkannt worden, und zwar in einer Frist, die der betreffende Staat für angemessen erachtet. Nach Barthou ergriff Tschitscherin das Wort. Er sprach in einer längeren Rede sein Bedauern darüber aus, daß, wie es ihm scheine, über die Lokalität der russischen Delegierten Zweifel beständen. Die von der russischen Delegation eingereichte Antwort erbringe nach Meinung Tschitscherins den Beweis, daß Sowjetrußland die Beschlüsse von Cannes vollständig annehme. Die Rede Tschitscherins wurde durch den Vorsitzenden Schanzer unterbrochen; dieser schloß die Diskussion, indem er darauf hinwies, daß das Urteil darüber, ob die russische Note den Beschlüssen von Cannes entspreche oder nicht, Sache der Sachverständigen sei. Dann trat der Sachverständigenausschuss zu seiner ersten Sitzung zusammen und nahm den Vorschlag Englands an, daß die Anerkennung der Vorkriegsschulden durch Rußland ausgeschlossen sei.

### Ein Einspruch Frankreichs gegen die deutsche Antwortnote.

Genua, 24. April. Die französische Delegation hat an den Vorsitzenden de Facta ein Schreiben gerichtet, in dem sie gegen den Inhalt der deutschen Antwort auf die Note der Alliierten protestiert. Die französische Delegation zweifelt die Rechtskräftigkeit des Vertrages, der mit den in Cannes angenommenen Bestimmungen in Widerspruch steht, an und fordert von de Facta die Einberufung einer Sitzung der Vertreter der neun verbündeten Mächte, die den Beschluß vom 18. d. Mts. unterschrieben haben.

### Ein französisch-englischer Garantievertrag?

Berlin, 24. April. Nach einer Meldung des Pariser „L'Œuvre“ beruht das Programm Poincarés gegen eine etwaige Verletzung des Versailler Vertrages durch die Deutschen auf der Unterzeichnung eines englisch-französischen Garantievertrages mit Ausdehnung der Garantien auf die Östereichen. Der Vertrag soll die Einberufung des Obersten Rates vorsehen und den Vorbehalt der freien Hand für Frankreich, falls die Alliierten den französischen Standpunkt gegenüber der deutsch-russischen Gefahr nicht annehmen sollten. Die deutsche Presse erwähnt, daß der französische Generalstab schon einen Plan des Einmarsches französischer Truppen in das Ruhrgebiet ausgearbeitet hätte.

### Verhaftung Sawinkows in Genua.

Genua, 24. April. Hier wurden 16 russische Gegenrevolutionäre verhaftet, weil sie angeblich einen Anschlag auf die russischen Diplomaten planten. Unter den Verhafteten befindet sich auch der bekannte weißgardistische Führer Sawinkow. Die Polizei bemächtigt sich ein Kates Bild von der Teilnahme Sawinkows an der angeblichen Verhaftung zu bekommen.

### Eine neugierige Frage.

Paris, 24. April. Marcel Cachin schreibt in der „Humanité“, am 31. März des Jahres habe Polen gemeinsam mit den baltischen Staaten in die formelle Anerkennung der Sowjets eingewilligt. In diese Feststellung knüpft der kommunistische Abgeordnete, der gerade aus Genua zurückgekehrt ist, folgende Frage: „Ist es wahr, daß England in den letzten Tagen Polen eine Anleihe über einen erheblichen Betrag bewilligt hat, und zu welchen Bedingungen soll diese Anleihe gewährt werden?“

### Die Konferenz der Notenbanken in London tagen.

London, 24. April. Die Konferenz der Notenbanken, die von dem Finanzausschuss in Genua beschlossen ist, soll bereits in einigen Wochen in London unter dem Vorsitz des Gouverneurs der Bank von England zusammentreten. — Die Arbeiten des Finanzausschusses der Konferenz sind vorläufig als beendet zu betrachten. Infolgedessen verließ Sir Robert Horne, der Vorsitzende des Finanzausschusses, mit mehreren englischen Delegierten Genua, da sie an den Budgetberatungen in London teilnehmen müssen. Auch zwei deutsche Mitglieder des Finanzausschusses, Dr. Meißner und Geheimrat Hagen, reisten schon von Genua ab, da sie durch wichtige Geschäfte anderwärts in Anspruch genommen sind. Die englischen Mitglieder der Finanzkommission werden voraussichtlich Mitte der Woche nach Genua zurückkehren.

### Reichskanzler Dr. Wirth über die Bedeutung von Genua.

Genua, 24. April. Gelegentlich eines Empfanges der hiesigen deutschen Kolonie durch den deutschen Völkchafier in Rom hielt der Reichskanzler Dr. Wirth eine Ansprache, in der er u. a. erklärte: Die Genuaer Konferenz ist für uns eine Etappe des Rettungswerkes, das wir übernommen haben mit dem Ziel der Wiedergewinnung unserer nationalen Freiheit. Ob dieser Weg über Genua hinausführen wird, wissen wir noch nicht. Wir sind hierher ohne allzu große Hoffnungen gekommen, betrachten aber diese Konferenz als einen Schritt vorwärts. — Indessen fehlt die wichtigste Macht, die notwendig wäre, um das Werk der Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft zu vollbringen, nämlich Amerika. Deshalb wäre als Fortsetzung dieser Konferenz in Genua eine Weltkonferenz wünschenswert. — In Genua sollten die Probleme des Ostens gemeinsam besprochen werden und es würde uns eine Mitwirkung zugesagt. Infolge der separaten Verhandlungen eines Teiles der hier vertretenen Mächte mit den Russen waren plötzlich Deutschlands Interessen bedroht, und es galt, sie rechtzeitig wahrzunehmen. Das war unsere Pflicht. Wir werden den Vertrag, den wir unterzeichnet haben, nicht zurückziehen. Das Londoner Sachverständigenmemorandum hätte zu einem zweiten Versailler führen können. Seine Anwendung hätte das endgültige Todesurteil für jeden Wiederaufbau bedeutet und wir würden außerdem in eine Schuldnechtschaft auch nach Osten hin gekommen sein, so daß der Ring der Schuldnechtschaft sich um uns geschlossen hätte.



Von der Kleinen Entente.

Eine Vertretung der Kleinen Entente im Obersten Rat?

Prag, 24. April. Die Prager „Listova Noviny“ melden aus Genoa, daß die große Entente beabsichtigt, die kleine Entente zur Repräsentation im Obersten Räte zuzulassen.

Die Kleine Entente und der baltische Block.

Prag, 24. April. Die „Tribuna“ stellt die Tatsache fest, daß die Harmonie unter der kleinen Entente in kritischen Momenten auch nicht einen einzigen Augenblick gestört worden sei und sich sogar bedeutend gestärkt habe. Der baltische Block treibe eine Politik für sich, trete aber immer mit der kleinen Entente solidarisch auf. Die Solidarität habe ihre Feuerprobe bestanden.

Die Kleine Entente als Vermittler zwischen Deutschland und Rußland.

Graz, 24. April. Die „Grazener Tagespost“ meldet aus Belgrad: Belgischer politische Kreise und die öffentliche Meinung besprechen lebhaft den deutsch-russischen Vertrag und betonen mit besonderem Nachdruck, daß der kleinen Entente, die 70 Millionen Menschen zähle, die besondere Rolle des Vermittlers zwischen Rußland und Deutschland zufalle. Der deutsch-russische Vertrag habe die kleine Entente vor die größte diplomatische Probe gestellt. Kurzzeit sei die Lage so, daß die kleine Entente weder auf der einen noch auf der anderen Seite stehen könne. Das slavische Zusammengehörigkeitsgefühl und der gesunde Blick auf die Zukunft hält Südslawen, die Tschechoslowaken und Polen davor zurück, sich in einen Kampf gegen Rußland einzulassen. Andererseits ist die kleine Entente wirtschaftlich und finanziell mit den Staaten der großen Entente verbunden. Die Folge davon ist, daß die kleine Entente eine selbständige Politik treiben muß.

Rußlands Abrißung.

Wien, 24. April. Die „Wienener Blätter“ berichten, daß in Kronstadt auf Befehl Trozki mit der Instandsetzung der Kriegsschiffe begonnen wurde. Die Schiffe sollen jeden Augenblick bereit sein, in See zu gehen.

Moskau, 24. April. Aus Moskau wird berichtet, daß für die ehemaligen Offiziere der weißen Armee eine Amnestie in größerem Umfang angeordnet wird. Die Offiziere werden in die Sowjetarmee aufgenommen, unter der Bedingung, daß sie die gegenwärtige Regierung anerkennen. Die Mehrzahl der Offiziere der ehemaligen Denikinischen und Petljura-Armee hat bereits entsprechende Anstellungen in der bolschewistischen Armee erhalten.

Die Kämpfe im Fernen Osten.

London, 24. April. Reuters meldet aus Wladiwostok: In den ersten Apriltagen schien der Fall von Wladiwostok unvermeidlich zu sein. Die völlig demoralisierten Reste der Wladiwostoker Armee verließen ohne Befehl die eingenommenen Stellungen. Das Oberkommando mußte sich mit ihnen nicht zu helfen. Im übrigen war alles mit der Evakuierung der Familien beschäftigt, da die Evakuierung von Wladiwostok durch die roten Abteilungen in einigen Tagen erwartet wurde. Die Situation änderte sich plötzlich, als am 5. April japanische Abteilungen die roten Vortrupps im Gebiete von St. Jewgeniew zurückwies. Die Offensive der Truppen der Republik des Fernen Ostens wurde zum Stehen gebracht. Die Evakuierung von Wladiwostok durch die roten Truppen ist einstweilen ausgeschlossen.

Moskau, 24. April. Aus Nishita wird berichtet: Seit einigen Tagen führen japanische Flugzeuge im Hinterlande energische Erkundungen aus. Das Kommando der roten Truppen erhielt die Nachricht, daß die Japaner bedeutende Streitkräfte bei St. Zpolitowa konzentrieren.

Bolschewistische Propaganda in Indien.

Bukarest, 24. April. Der Korrespondent des Konstantinopeler „Bosfor“ gelangte bis zur Hauptstadt von Afghanistan, Kabul, und schreibt in der letzten Korrespondenz aus dieser Stadt u. a.: Die Befürchtungen der Engländer vor einer Invasion der Russen nach Indien waren noch nie so begründet, wie heute. Indien ist zurzeit das Objekt einer außergewöhnlich energischen kommunistischen Propaganda der Moskauer Machthaber. Das Komitee, das diese Propaganda leitet, wurde von Tadjkent nach Kabul überführt, wo es in Gestalt von Beamten der dortigen Sowjetvertretung wirkt. Die Führer der Propaganda haben einen ständigen Verkehr mit Peshawar, Lahore und Delhi organisiert, wohin sie Agitationsbroschüren, Geld für die Agitation und Agitatoren senden. Sie haben auch den Eisenbahnstreik in Indien organisiert. Afghanischer Händler, die öfter durch Ostindien reisen, behaupten einmütig, daß in Indien eine kommunistische Revolution im Anzuge ist und daß die Situation viel ernster sei, als in Europa angenommen werde.

Lenin.

Der nach Rußland entsandte Sonderberichterstatter der „Dsch. Allg. Ztg.“, Georg Clemow, weist in einem Brief aus Moskau auf die umlaufenden Gerüchte von einer schweren Erkrankung Lenins und die daran geknüpften politischen Kombinationen hin und wirft die Frage auf: „Was ist nun eigentlich mit Lenin?“ Er antwortet darauf: „Lenin ist tatsächlich bis zu einem gewissen Grade erschöpft — was man sozusammengefaßt nennt —, laum verwunderlich nach den Aufregungen und ununterbrochenen körperlichen und geistigen Leistungen der vergangenen fünf Jahre mit ihren Enttäuschungen. Nachdem er seine Politik auf die Bahn friedlicher Erneuerung gelenkt hat, ist bei Lenin eine Nervenreaktion eingetreten, die ihn hindert, sich den Regierungsgeschäften so vollständig hinzugeben, wie er es bei seinem mächtigen Ehrgeiz gerne tun möchte. Kontret ausgedrückt heißt das: Lenin arbeitet statt der gewohnten 14—16 Stunden jetzt vielleicht nur 8—10 Stunden! Lenin hat das vor drei Wochen den Metallarbeitern ganz offen zugegeben und seine Mitteilung unverfälscht durch die Zeitungen gehen lassen, woraus zum mindesten ersichtlich ist, daß er seine persönliche Lage inmitten einer gärenden Welt ganz klar überblickt. Nun wird er dementsprechend geschont. Wenn Lenin nicht nach Genoa fährt, hat das nichts mit seinem Gesundheitszustand zu tun; ihm würde sogar ein Aufenthalt im Auslande, ein Aufwechsel und selbst Genoa mit seinen neuen Einbrüden und Anregungen nur dienlich sein. Es sind ausschließlich Bedenken wegen der persönlichen Sicherheit Lenins, die die kommunistische Partei veranlaßt haben, ihm die Reise ins Ausland zu verbieten. — Aus Form und Inhalt von Lenins Reden lassen sich, wenigstens zurzeit, Schlüsse auf seinen Gesundheitszustand nicht ziehen. Sie sind mit ihren typischen Wiederholungen die alten von früher. Es ist Lenins Art, seinen vorwiegend halb- oder überhaupt ungebildeten Zuhörern von Bauern und Arbeitern die einzelnen Sätze, auf die es ihm ankommt, in die Schädel zu hämmern. Die beiden letzten Reden mit ihren scharfen Kritiken an dem Verhalten der Kommunisten sind Zeichen durchaus gesunder, selbstbewusster Energie. Was an den Reden des letzten Jahres fehlt, ist das hohe Pathos der früheren Jahre. Daran knüpfen seine Feinde an. Man braucht sich aber nur den Inhalt der verschiedenen Reden vergleichend gegenüber zu stellen, um den Grund des Mangels zu erkennen. Früher galt es dem Parteiführer Lenin, hohe Ziele und Ideale vor die Menge zu stellen und aus der Phantasie heraus Zukunftsbilder zu schaffen, denen zu Liebe eine schwer bewegliche, egoistische Masse kämpfen, bluten, opfern sollte; er konnte aus dem Vollen einer hagerfüllten Seele schöpfen! Gegenwärtig muß der Reichszanzler Rußlands — das ist etwa Lenins Stellung außerhalb der Partei — nüchterne Alltagsarbeit leisten: Behördenorganisation, Rechtsfragen, Außenhandel, Kompromisse wägend vorbereiten! Die großen Menschheitsprobleme treten zurück vor den politischen und wirtschaftlichen Themen des grauen Alltags. Lenin hat die aufgeregten Gemüter, die Geister, die er gerufen, zu bändigen und vor den Staatskarren als Zugtiere zu spannen. Das verlangt andere, beruhigendere Töne als die des Parteiagitators. Lenin will im In- und Ausland Vertrauen für seine Regierungsziele wecken. Darum erscheint am Rednerpult statt des eifernden Haffers, der jene Welt zerrüttern wollte, die ihm einen älteren Bruder und nächsten Freund wegen Teilnahme an einem Attentat gegen Alexander III. geraubt hatte, der besonnene Vermittler, dem es ehrlich darum zu tun ist, wenigstens seinem Volk den Frieden wiederzugeben und zu sichern, der streben muß, die Weltanschauungen zu überbrücken.

Republik Polen.

Der Ministerrat beschloß in der Freitagssitzung u. a. eine Verfügung über den Verbot alkoholischer Getränke aus Gerste, Hafer und ihren Produkten nahm einen Antrag über die Bildung einer polnisch-tschechischen Delegation für Teichen-Schlesien. Biss und Urwa und erledigte noch eine Reihe von laufenden Angelegenheiten.

Das Presseamt des Finanzministeriums teilt mit, daß der Gesamtvertrag der außerordentlichen Staatsabgabe (Dakina) nach dem Stande vom 15. April 35 985 649 000 M. betragen, d. h. 45 Prozent der aus diesem Titel vorgezeichneten Summe.

Die Staatschulden haben sich einem Nachweis vom 20. April gemäß in der Polnischen Landesbahnkasse um weitere 5 100 000 000 polnische Mark verringert, somit beträgt also die Verringerung der Schulden zusammen 10 Milliarden 100 Millionen Mark.

Der neue polnische Generalkonsul von Hamburg, Stanislaw Srofomski, reist in dieser Woche auf seinen Posten. Er ist zugleich Konsulatsstellen in Weidensand. Bisher war er Vizeregierungsdirektor des Verwaltungsdepartements im Außenministerium.

Die Münchener Aussprache über die nationalen Minderheiten.

Vom 19. bis 21. April tagte in München in den Räumen der Handelskammer die Minoritäten-Kommission der Weltliga für Völkerverbund. Den Vorsitz führte Sir Willoughby Dickinson, als Vertreter der englischen Liga, die heute schon mehr als eine Million Mitglieder zählt, und die von keinem geringeren als Lord Robert Cecil geführt wird. Neben Dickinsons hoher vornehmer Erscheinung erregte unter den zahlreichen Vertretern der übrigen ausländischen Ligen der Charakterkopf des bekannten belgischen Sozialisten La Fontaine, des stellvertretenden Vorsitzenden des Senates, besonderes Interesse. Zu der Tagung waren Vertreter aller völkischen Minderheiten aus den neuerschaffenen Staaten geladen, um über ihre Lage zu berichten. Am 20. vormittags fand die Vernehmung der Vertreter des Deutschtums in Polen statt. Erschienen waren für die dortige deutsche Minderheit der Vorsitzende des Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte, Herr Naumann, und mit ihm zwei weitere Vorstandsmitglieder des Deutschtumsbundes, nämlich die Herren Casbach und Knobelsdorff. Ersterer zugleich als Vorsitzender der deutschen Sejmfraktion, letzterer als Vertreter der deutschstämmigen Arbeiterschaft. Während der mehr als dreistündigen Sitzung hatten die drei Herren ausgiebig Gelegenheit, über die Lage des Deutschtums in polnischen Staaten zu referieren, auch konnten sie auf Befragen über die Lage der übrigen fremdstämmigen Minderheiten in Polen Auskunft erteilen. Der geschäftsordnungsmäßige Grundsat, daß sich die Kommissionsmitglieder in Anwesenheit der Minderheitsvertreter jeder Stellungnahme zu enthalten haben, wurde nicht immer gewahrt. Insbesondere sah sich bei dem Referat der Minderheitsvertreter über die Lage der deutschen Kolonisten das Mitglied der polnischen Liga veranlaßt, das aggressive Vorgehen seiner Regierung damit zu rechtfertigen, daß er auf die Behandlung der Polen in preussischer Zeit hinwies, die eine Wiedergutmachung erheische, und die Tatsache ins Feld führte, daß nach den zu preussischer Zeit mit den Kolonisten geschlossenen Kaufverträgen dem Staate ein Wiederkaufrecht auch für den Fall des Erbanges eingeräumt sei. Da aber traten auch einige der übrigen Kommissionsmitglieder aus ihrer bisherigen Reserve. In glänzender Dialektik — die Verhandlungen wurden in französischer Sprache geführt — und mit zwingender juristischer Schärfe führten sie aus: Auch wenn früher den Polen von seiten der preussischen Regierung Unrecht geschehen wäre, und selbst wenn dieses Unrecht zehnmal größer gewesen sein sollte, als es angeblich der Fall war, so ist doch angesichts des Minoritäten-Schutzvertrages keinesfalls Raum dafür, einen polnischen Staatsbürger deutschen Stammes dieses Unrecht irgendwie entgeltlich zu lassen. Denn Polen hat in der Einleitung zu diesem Vertrage zugestanden, daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine Einzelhandlung zu dem Inhalte des Vertrages in Widerspruch stehen dürfe. Der Vertrag aber stellt ausdrücklich die unbedingte Gleichheit aller Staatsbürger — ohne Unterschied der Rasse, Sprache und Religion — vor dem Gesetze fest. Es wäre also ein unerhörtes Beginnen, wenn dem Sohne eines Anstellers um seiner deutschen Stammeszugehörigkeit willen die Übernahme des Vatererbes verweigert und ausdrücklich die Überlassung der Wirtschaft an einen Polen gefordert werde. Sollten die von den Anstellern geschlossenen Kaufverträge dem Staate tatsächlich das Recht eingeräumt haben, dem Sohne des Anstellers aus Gründen seiner Stammeszugehörigkeit die Übernahme der väterlichen Wirtschaft zu verwehren, was zweifelhaft nicht der Fall ist, so wäre eine solche Ausnahmsbestimmung durch den Minoritäten-Schutzvertrag ohne weiteres beseitigt. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wurde von einem Kommissionsmitglied bemerkt, daß doch wohl aus mindesten einmal der Völkerverbundrat sich für die deutsche Minderheit in Polen vermandt habe, und es wurde daran die Frage geknüpft, ob sich denn dieses Eingreifen nicht bemerkbar gemacht hätte. Die deutschen Vertreter erklärten darauf, daß allerdings nach den ihnen gebundenen Mitteilungen der Völkerverbundrat an Polen das Petikum gerichtet hätte, die Verdrängungsmassnahmen gegen die Anstelter zunächst bis zum 1. Mai dieses Jahres auszusetzen. Von maßgeblicher polnischer Amtsstelle sei indes erklärt worden, daß der polnischen Regierung von einer solchen Weisung oder Anregung nichts bekannt wäre. Infolgedessen sei nach wie vor zahlreichen Anstellern das Verfügungsrecht über ihr Eigentum genommen worden, und man habe ohne vorausgegangenes gerichtliches Verfahren mit polizeilichem Zwange Polen als Eigentümer in die Stellen der beiseite geschobenen Deutschen eingesetzt.

Bei den engen Beziehungen der Völkerverbundliga zum Völkerverbundrat darf erhofft werden, daß sich die Information, die sich die Minoritäten-Kommission über die Lage des Deutschtums in Polen verschafft hat, praktisch zugunsten des in seiner Existenz schwer bedrohten Deutschtums auswirken wird. Allerdings scheinen ja in Polen die Gedanken der Völkerverbundliga, auf denen sich die vielfachen Verträge zugunsten der völkischen Minoritäten aufbauen, nur langsam Eingang zu

Obdachlos.

Humoristischer Roman eines Wohnungsuchenden.

Von Otfried von Hanstein.

Amerikanisches Copyright 1921 by Carl Dunder, Berlin.

(22. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

Alle drei Firmeninhaber sahen gespannt auf den Amerikaner und die Herren Salm, Müller und Schuster hatten allen Grund, die Geistesgegenwart des Herrn Kahyer zu bewundern, der jetzt aufstand und mit dem harmlosesten Gesicht von der Welt sagte:

„Sie sehen, wie gut ich Sie bedient habe; übrigens war ich persönlich auf dem Wohnungsamt und habe dort denselben Bescheid erhalten. Ich werde noch mehr tun und heute nachmittags persönlich nach Groß-Rildern fahren und mit Herrn von Schellenhof reden.“

„Das wäre kluge Tat.“

„Aber mit Vergnügen, mein verehrter Herr Schulze.“

„Dann will ich geben Ihnen die zweiten tausend Mark.“

„Aber Herr Schulze, das wäre ja gar nicht nötig gewesen.“

Natürlich sagte Herr Kahyer dies erst, nachdem er den Tausendmarkschein erfaßt hatte.

„Good bye!“

„Good bye, Mister Dick William Schulze!“

Sie hörten, wie er die Treppe hinabstapfte und warteten geduldig, bis Franz meldete:

„Auto abgefahren.“

Aber auch jetzt blieb eine bängliche Stimmung in dem edlen Kreise, obgleich natürlich der Zwist von vorn länger vergessen war.

Endlich sagte Herr Müller:

„Die tausend Mark häuen wir.“

„Du meinst, ich —“

Herr Salm fuhr fort:

„Nun aber abfahren, sonst kommt der Krach!“

Herr Kahyer jann nach, dann rief er: „Franz, das Kursbuch.“ Herr Schuster lachte. „Schon verdunstet?“ „Unsinn, bloß einmal nachsehen, ob es ein Groß-Rildern gibt.“ Er blätterte. „Holloh, da ist's schon. Dicht hinter Frankfurt an der Ober.“ „Wann geht ein Zug?“ „Willst Du hinjahen?“ „Natürlich.“ „Etwa Herrn von Schellenhof besuchen?“ „Den wirds doch hoffentlich nicht auch geben.“ „Aer —“ „Ich muß doch sehen, was aus dem Brief des Wohnungsamtes geworden ist. Die Sache scheint mir noch gar nicht so schlecht.“ „Ranu?“ „Vielleicht kann man den Ritt so drehen, daß das Wohnungsamt selbst an die Wohnung glaubt.“ „Jetzt bist Du ganz —“ „Wenn es mir gelänge, den Brief zu bekommen, und wenn ich aus Groß-Rildern nur im Namen des Rittergutsbesitzers von Schellenhof anwortete.“ „Du —“ „Was kanns schaden? Sage mal, Du kannst doch Schreibmaschine schreiben, Salm?“ „Aber nur, wenn ich eine richtige Schreibmaschine habe.“ „Werden wir machen. Was ist die Uhr? Ich komme gleich wieder.“ Er verschwand, um nebenan bei dem Rechtsanwält anzuklopfen. Er mußte, daß um diese Zeit nur ein Tippträulein im Bureau war. „Verzeihen Sie, gnädiges Fräulein —“ „Höflichkeit ist in solchen Fällen stets eine Tugend.“ „Ich hätte eine große Bure.“ „Nun?“

„Meine Schreibmaschine ist eben entzwei gegangen. Sie könnten wohl nicht die große Freundlichkeit haben, mir Ihre eine Viertelstunde zu borgen?“ „Ich darf sie nicht aus dem Hause geben, aber wenn Sie hier schreiben wollen —“ „Ihr Mißtrauen ist vollkommen underechigt.“ „Aber nein, aber der Herr Doktor könnte kommen und dann habe ich Ärger. Sie können im Privatbureau schreiben, da stört Sie niemand, ich bin ja hier draußen.“ „Und wenn dann der Herr Doktor kommt?“ „Dann werde ich schon verantworten.“ „Also, dann bin ich so frei.“ Er dachte innerlich: „Was das doch für eine kluge kleine Krabbe ist! Ich würde Jakob Kahyer und seinen Freunden auch keine Schreibmaschine borgen!“ Er holte Salm sie schlossen die gepolsterte Tür und der Brief begann: „An das Wohnungsamt Berlin W. In Beantwortung Ihres Briefes teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die Wohnung im Hause Königinendamm 207 meine Hauptwohnung ist und da ich eine Familie von neun Personen (meine Frau und ich und sieben Kinder) habe und außerdem vier Diensthofen, mir also zusammen dreizehn Personen sind, mir ferner als geistlichem Arbeiter das Recht auf ein besonderes Studierzimmer zusteht, sowie auf einen gemeinsamen Wohnraum, so habe ich auf mindestens fünfzehn Zimmer begründeten Anspruch. Von den übrigen fünf Räumen, die keinerlei besonderen Eingang besitzen, wie Sie aus anliegendem Plan ersehen, bin ich bereit, mir eine Zwangseinquartierung gefallen zu lassen, falls Sie die nötigen Umbauten auf Ihre Kosten ausführen lassen. Im übrigen bin ich bereit, die Wohnung im Herrenhaus von Groß-Rildern dem Wohnungsamt von Groß-Rildern für ortszugehörige Wohnungslose zu angemessenem Mietpreis zu überlassen.“ Hochachtungsvoll Baldemar von Schellenhof, Rittergutsbesitzer. (Fortsetzung folgt.)



finden. Schrieb doch noch vor wenigen Tagen in einer polnischen Zeitung ein hochgestellter polnischer Jurist, daß die Toleranz nur eine Maske sei, die man schamlos benutzte...

Toleranz.

Professor Baudouin de Courtenay, dessen freimütige Äußerungen über Fragen des öffentlichen Lebens wir schon früher einmal wiedergegeben haben, hielt vor kurzem in Warschau einen Vortrag über Toleranz...

Aus der Fülle von Beispielen, die die Intoleranz in Polen illustrieren, sei nur das Passivsystem erwähnt. Die polnischen Pässe enthalten alle eine Rubrik für die Eintragung des Glaubensbekenntnisses...

In glänzenden Ausführungen weist Professor Courtenay auf die Unzulässigkeit der Einmischung der Behörde in die Privatangelegenheit (Religion) der Bürger hin...

Mischehen.

Die wichtige Frage der Rechtsgültigkeit der Mischehen ist in den letzten Wochen in den Spalten der „Posener Neuesten Nachrichten“ von verschiedenen Seiten beleuchtet worden...

Die Schriftleitung der „Posener Neuesten Nachrichten“ hat um Stellungnahme der Geistlichkeit beider Konfessionen zu dieser Frage, und am 22. März erschienen die interessanten Ausführungen des Domherrn Dr. theol. Raech, die die Stellung der katholischen Kirche in der Mischehenfrage genau kennzeichnen...

Dieser Artikel ist ein Aufruf zum Kampf. Die Evangelischen können es sich nicht gefallen lassen, daß in ihrer Kirche vorgenommene Amtshandlungen von katholischer Seite für null und nichtig angesehen werden...

Gehimrat Staemmler wendet sich auch gegen die katholische Auffassung, daß der Staat sich in diese Angelegenheiten nicht mischen dürfe, da sie rein kirchliche seien...

Die Regelung der Thronfolge in Ungarn.

Ofen-Best, 24. April. Zwischen der ungarischen Regierung und dem Führer der Legitimisten, dem Grafen Andrássy, soll es zu einem Kompromiß unter folgenden Bedingungen gekommen sein...

Studium und Unterricht.

Das Studium der Ausländer an deutschen Universitäten. Das Akademische Auskunftsamt an der Universität hat Mitteilungen für Ausländer, die an deutschen Hochschulen studieren wollen, herausgegeben...

Auslandsstudien an der Berliner Universität. Der Beirat für die Auslandsstudien an der Berliner Universität (Vorsitzender Professor Walter Boel) richtet zwei Sprach- und Kulturkurse ein...

Die südslawischen Universitäten. Nach einem Gesehentwurf über die Reorganisation der südslawischen Universitäten, der vom Unterrichtsministerium ausgearbeitet ist...

Deutsches Reich.

Deutsche Literatur für Nordschleswig. Die deutschnationalen Abgeordneten Thomsen, Dr. Oberhören und Schiele haben im Reichstag folgende Adresse eingebracht...

Kapps Erkrankung. Wegen einer Geschwulst hinter dem linken Auge hat sich Kapp im Städtischen Krankenhaus in Leipzig einer Operation unterziehen müssen...

Freistaat Danzig.

Das Wohlfahrtswesen im Freistaat Danzig. Der Senat veröffentlicht den Haushaltsplan des Wohlfahrtswesens für das Rechnungsjahr 1921. Er schließt im „Ordentlichen“ in Einnahme mit 811 100 M. in Ausgabe mit 82 497 500 M. ab...

Lojenfürsorge, dessen Deckung aus Anleiheemitteln in Aussicht genommen ist. In Ausgabe ist der gleiche Betrag als Erstattung auf die von den Gemeinden zu zahlende Erwerbslosen-Unterstützung vorgesehen.

Aus dem Gerichtssaale.

Posen 24. April. Ein Prozeß gegen die „Pravda“. Am Mittwoch fand vor der 1. Strafkammer des Posener Bezirksgerichts eine Berufungsverhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Pravda“, Stephan Krolowski...

Bromberg, 21. April. Ueber einen Preßprozeß berichtet die „Deutsche Rundschau“ folgendes: Der Redakteur der Bromberger sozialdemokratischen „Volkszeitung“, Bankrat, wurde am 19. April vom Amtsgericht in Bromberg zu vier Wochen Gefängnis verurteilt...

Neues vom Tage.

Die Hochwasserkatastrophe an der Düna. Aus Riga wird gemeldet: In einer Versammlung zur Organisation der Hilfeleistung für Dänaburg erklärte der Verkehrsminister, daß die Überschwemmungskatastrophe an Ausmaß und Folgeschwere alles übersteige...

Die Tischen in Dresden. Wie aus Dresden gemeldet wird, haben die Tischen dort viele Grundstücke erworben. Seit Anfang 1920 sind etwa 400 Grundstücke, d. h. etwa 2 1/2 v. d. aller Dresdener Grundstücke überhaupt, von Tischen erworben worden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Table with columns for 'Offizielle Kurse', '22. April', and '21. April'. Lists various market indices and prices such as '4proz. Prem. Staatsanl. (Miljo-novta)', '4% Pol. Pfandbr. Buchst. D u. E', etc.

Table with columns for 'Inoffizielle Kurse' and '22. April'. Lists prices for 'Bank Poznański', 'Bank Przemysławowski', 'Prześl. Auto II. Em.', etc.

= Danziger Börse vom 24. April: Polnische Mark 6.60, Dollar 25.8.

Neu-Bestellungen

„Posener Tageblatt“ für die Monate Mai-Juni werden von allen Postanstalten, unseren Agenturen, sowie in der Geschäftsstelle ul. Zwierzyniecka 6 entgegengenommen. Ausschneiden! Rückseite ausfüllen!







Der Sturz der deutschen Mark.

Berlin, 24. April. In seiner Rede im Wirtschaftsausschuss der Genua-Konferenz jagte Reichswirtschaftsminister Schmidt unter anderem: Wir stehen in Deutschland unter dem Eindruck einer Preiswelle, die die innerpolitische Autorität des Staates bedroht. Für Deutschland bedeutet es eine Gefahr, wenn das Volk seine Lebenshaltung von einem unerträglichen Druck bedroht fühlt. Jedes weitere Sinken der Mark in Deutschland beantwortet der Auslandsmarkt sofort mit einer Warenpreiserhöhung. Deshalb steht das Währungsproblem an erster Stelle, und seine Lösung entscheidet über den Erfolg aller rein wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Demnach können wir Maßnahmen, die wenigstens vorübergehend mildern eingreifen nicht entbehren. Die hochvalutarischen Länder sperren die Einfuhr durch Zölle und Verbote. Wir tun das gleiche, aber die Gründe sind verschiedene. Für die hochvalutarischen Länder handelt es sich vielfach um einen Schutz für die Industrie, für Deutschland dagegen um eine Besserung der Zahlungsbilanz. Aber auch das Mittel der Einfuhrzölle kann uns nicht helfen, denn letzten Endes entscheidet das Gewicht unserer Zahlungsverpflichtungen. Wir sind gar nicht die bösen Konkurrenten wie angenommen wird. Im Einzelfall kann die Konkurrenz schmer empfinden werden. In der Gesamtschau liegt eine Überschätzung vor. Deutschland hatte zum Beispiel im Jahre 1918 an der gesamten Fabrikatenausfuhr der Welt einen Anteil von 8 Prozent, im Jahre 1921 ungefähr von 5 Prozent. Unter Berechnung der Kohlenausfuhr ist die Biffer der deutschen Ausfuhr von monatlich 2 1/2 Millionen Tonnen im Jahre 1918 auf monatlich rund eine Million Tonnen im Jahre 1921, also um 40 Prozent gefallen. Die untervalutarischen Länder erschließen die Einfuhr, aber ich frage, gereicht das zum Nutzen der Weltwirtschaft, der handels-treibenden Staaten, die ein Interesse an der Wiedergewinnung des alten Marktes haben? Die Folge ist eine Zerrüttung des Marktes in Ost- und Mitteleuropa und vor allen Dingen der Ausfall eines großen Teils des Absatzmarktes für die rohstoffausführenden Länder. So wird an den wirtschaftlichen Grundfesten aller Staaten gerüttelt und die Schwachen immer tiefer in den Verfall gerissen. Auf allen Märkten ist die Kaufkraft der großen Masse gesunken. Die volutarischen Länder haben durch eine nie gekannte Arbeitslosigkeit, die übrigen Länder durch eine Senkung der Lebenshaltung die Konsumfähigkeit der großen Volksmassen herabgesetzt und damit die Aufnahmefähigkeit des Warenmarktes stark gemindert. Dazu kommt die Verschuldung aller Staaten, die genötigt sind, neue Ausgaben zur Erfüllung sozialer und kultureller Pflichten zurückzustellen. — In Deutschland ist der Verbrauch an Brotgetreide um 24 Prozent, der von Fleisch um 60 Prozent zurückgegangen. Spricht nicht der Rückgang der Weltproduktion für meine Auffassung? Eisen und Stahl, Kohle und Baumwolle sind unter die Weltproduktion von 1918 gesunken. So komme ich zu dem Ergebnis: Wir müssen die Produktion erhöhen durch Steigerung der Kaufkraft der Völker und zugleich für die Zufuhr von Rohstoffen den Weg freimachen. Wenn der Vertreter Jugoslawiens einen großen Anteil an der Reparatur verlangt, so sage ich, es kann nicht der Aufbau eines wirtschaftlich schwachen Staates mit der Bedrückung eines zahlungsunfähigen erreicht werden. Gegen den Artikel 46 habe ich vom deutschen Standpunkt aus keine wesentlichen Einwendungen zu machen. Es wurde gesagt, die Vorschläge enthielten eigentlich nur eine Empfehlung, aber darin sehe ich viel eher eine Schwäche. Deshalb erlaube ich mir die Anfrage: Können die vertrags-schließenden Staaten, die die Vereinbarungen von Porto Rose zustande brachten, sich nicht entschließen, die für für andere Staaten auch offenzubehalten? Wenn es uns gelingen würde, die handels-politische Isolierung der Staaten aufzugeben, eine allgemeine Rechtsbasis für alle Staaten wiederherzustellen, so hätte die Konferenz in Genua auch für den Völkerverbänden ein gutes Fundament gelegt.

Die Teuerung in Deutschland.

Berlin, 24. April. In einer Tagung des Hotelbesitzerverbandes wurde eine Steigerung aller Preise um hundert Prozent beschlossen. Eine vom „Berl. Tagebl.“ angestellte Umfrage bei den Verwaltungen einiger Bäder und Kurorte brachte folgende Auskünfte über die voraussichtlichen Preise für Zimmer und Verpflegung im kommenden Sommer: Travemünde veranschlagt unter allen Vorbehalten den voraussichtlichen täglichen Preis für ein mittleres Zimmer mit 100 bis 120 Mark. Die Tageskurtag wird wahrscheinlich für eine Person und für den Tag 5 Mark betragen bei einer Anwesenheit von höchstens 30 Tagen. In Swinemünde hat der Verkehrsverein als untere Grenze den Preis für ein Bett mit 30 Mark und die Verpflegung mit 70 Mark seinen Mitgliedern empfohlen. Abhängig ist dieser Vorschlag vom Stande der Mark im Sommer. Die Kurtag beträgt bei einem Aufenthalt bis zu vierzehn Tagen für eine Person 50 Mark. Rorberney hat bis jetzt noch keinerlei Mindestpreise festgesetzt und überläßt diese Festsetzung wahrscheinlich seinen Hotels und Pensionen in jedem einzelnen Fall. Der Übernachtungspreis für Durchgangstouristen wird durchschnittlich 100 bis 150 Mark betragen. Der tägliche Preis für ein mittleres Zimmer mit 200 Mark betragen, wobei an ein „mittleres Zimmer mit guter bürgerlicher Küche“ gedacht ist. Die Kurtag wird so gehandhabt werden, daß zwei Tage Aufenthalt frei sind; bei längerem Aufenthalt beträgt die Kurtag für die erste Person 300 Mark, für die zweite 200 Mark und für jede weitere 100 Mark. Wochen- und Tageskarten werden nicht ausgegeben. Sahn und Joppot haben angeht des unsicheren Marktstandes von einer Voraussage abgesehen. Bad Albed erhöht die Übernachtungspreise für Durchgangs-reisende um 100 Prozent, ebenso den täglichen Preis. Die Steigerung der Kurtag wird 200 Prozent betragen. Der ungefähre Preis für ein mittleres Zimmer mit Verpflegung wird verhältnismäßig billig sein, nämlich 60 bis 80 Mark täglich. Die Kurtag beträgt hier für einen achtstägigen Aufenthalt pro Person 24 Mark. Bad Reichenhall (Bayerische Alpen) berechnet den Übernachtungspreis mit 35 Mark, den täglichen Preis für ein mittleres Zimmer mit 160 Mark. Die Kurtag beginnt bei 275 Mark und berechtigt zu sechsstägigem Aufenthalt. Die Angaben sind unter allem Vorbehalt gemacht. In Baden-Baden schwanken die täglichen Mindestpreise von 75 bis 270 Mark. Die Kurtag ist nach fünf Gruppen eingeteilt und schwankt von täglich 150 Mark bis täglich 18 Mark. Die Einteilung der Pensionäre erfolgt nach Vermögen und Einkommen. Berichtes-gaben hat seine Preise gegen das Vorjahr ebenfalls um 100 Prozent erhöht. Der tägliche Preis für ein mittleres Zimmer mit 100 Mark betragen. St. Blasien (Bad Schwarzwald) feste folgende Preise unter Vorbehalt fest: Übernachtungspreis für Passanten 80 Mark; täglicher Preis für ein mittleres Zimmer 300 Mark. (Mindestpreis 200 Mark für ein einfaches Zimmer und Verpflegung.) Bad Warmbrunn berechnet den täglichen Preis für ein mittleres Zimmer auf 111 bis 155 Mark. Zimmer allein sollen nicht unter 15 Mark täglich abgegeben werden. Als Einzelpreise wurden vorläufig festgesetzt für Frühstück 15 Mark, für Mittagessen 30 Mark, Kaffee 15 Mark, Abendbrot 25 Mark, zusammen 85 Mark Mindestpreis für Verpflegung täglich. Die Preise sollen als die maßgebenden gelten und in allen Räumen der Gasthöfe und Fremdenheime ausgedrückt werden. Aus Friedrichshafen wird berichtet, daß der Preis für ein mittleres Zimmer täglich etwa 100 Mark, für bessere Zimmer etwa 140 Mark und höher betragen wird. Gleichenfeld wird mitgeteilt, daß eine Gefahr der Verteuerung durch Überschwemmung mit balutastischen Schweißern nicht besteht und die Preise sich daher in durchaus normalen Bahnen bewegen. Das Seebad Diebenow fest folgende Mindestpreise fest: Erwachsene täglich 80 Mark, Verpflegung und 20 Mark Zimmermiete, Kinder unter zehn Jahren 50 Mark und 20 Mark. Bad Raptenberg (Thüringen)

veranschlagt die Tagespension für ein mittleres Zimmer auf mindestens 85 Mark. Für das Ries- und Sfergebirge hat der Verband der deutschen Fremdenheimbesitzer in seiner letzten Gantagung beschlossen, die Pensionen auf 90, 120 bis 170 Mark festzusetzen. Den Mindestpreis von 90 Mark auch in den beschriebenen Pensionen hält der Verband unter allen Umständen für erforderlich, um die Lasten zu decken. Interessant ist, daß die gleichzeitig tagende Sitzung der Gastwirtsvereine im Riesengebirge sich für etwas billigere Preise entschlossen hat: Tagespreise in Hotels erster Klasse 130 Mark, Hotels zweiter Klasse 85 Mark, Hotels dritter Klasse 57 Mark. Als Beispiel für die österreichische Preise sei Salzburg angeführt. Dort ist mit einem Zimmerpreise von etwa 6000 Kronen für den Tag und das Bett zu rechnen. Die Kurtag beträgt 2000 Kronen für die ganze Saison, 500 Kronen für die Woche und 100 Kronen für den Tag.

Die Bestattung des Dr. Styczynski.

Kattowiz, 24. April. Die Bestattung des Dr. Styczynski fand unter großer Teilnahme der polnischen Bevölkerung der ganzen Gegend am Sonnabend in Gleiwitz statt. Alle polnischen Organisationen überließen prächtige Kränze. An den Bestattungsfestlichkeiten nahm der nationale Volksrat, der „Sokol“, die polnischen Jugendorganisationen und die Kasse der Bergarbeiter teil. Die Bergarbeiter trugen ihre Uniformen. Nach dem Gottesdienst in der Allerheiligenkirche hielt der Geistliche Robot die Beisetzrede. Ein Orchester spielte die „Marsch der Konopnica“, die von den Anwesenden mitgeführt wurde. Die Stadtverordnetenversammlung von Gleiwitz nahm an der Beerdigung nicht teil, da der Berewigte Dr. Styczynski selbst ihre Anwesenheit bei seiner Beerdigung nicht gewünscht hatte.

Ein Demonstrationsstreik der polnischen Eisenbahner.

Kattowiz, 24. April. Als Protest gegen die Ermordung des Dr. Styczynski veranlaßten die polnischen Eisenbahner einen Demonstrationsstreik. Am Sonnabend zwischen 11 und 12 Uhr vormittags hand der Eisenbahnverkehr auf der Station Kattowiz und den Nebenstationen vollkommen still.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 24. April.

Auslandsporto im Briefverkehr zwischen Westpolen und Deutschland.

Die polnische Postverwaltung hat mitgeteilt, daß sie die frühere vorläufige Vereinbarung, nach der Briefsendungen aus Deutschland nach Westpolen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) als genügend freigemacht angesehen wurden, wenn sie nach innerdeutschen Sätzen freigemacht waren, nicht länger als bis zum 20. April d. J. gelten lassen könne. Vom 21. April an müssen daher, wie wir schon kurz erwähnten, alle aus Deutschland nach Westpolen gerichteten Briefsendungen nach den Westpostvereinsätzen, das heißt wie Sendungen nach dem sonstigen Ausland, freigemacht werden.

Dieselben Sätze werden für Briefsendungen aus Westpolen nach Deutschland zur Anwendung kommen. Päckchen sowie Drucksachenkarten gegen besonders ermäßigte Gebühr sind von diesem Tage an nach Westpolen nicht mehr zugelassen. Für Ansichtskarten gelten die Vorschriften des Westpostvereins. Es wird dringend geraten, Sendungen nach Westpolen richtig nach den Westpostvereinsätzen freizumachen, weil sonst die Empfänger hohe Nachgebühren zu zahlen haben.

Vor der Aufhebung der Zollerhöhungen.

In Regierungskreisen sind Gerüchte im Umlauf, daß die vor kurzem eingeführten Zollerhöhungen wieder aufgehoben werden sollen, da sie nicht den erwarteten Erfolg gehabt haben. Trotz der ermäßigten Zölle sei die Teuerung nicht nur nicht behoben worden, sondern sogar gestiegen. Das ist zwar durchaus zutreffend, aber die Teuerung ohne die Zollerhöhungen nicht noch mehr gestiegen wäre, ist eine andere wichtige Frage, deren Beantwortung nicht so ganz einfach ist.

Der Saatensand in Posen-Pommern.

Ende März dieses Jahres waren nach einer Zusammenstellung des Statistischen Hauptamtes vom allgemeinen Saatensand des früher preussischen Gebiets bestimmte Bruchteile durch Witterungseinflüsse vernichtet worden und mußten ungepflügt werden. In Prozenten ausgedrückt, die an dem Gesamtbesitz des Teilgebiets zu messen sind, betragen die Einbußen: bei Winterweizen 3,4, Winterroggen 0,7, Wintergerste 4,3, Haas 14,6, Alee 28,2 Prozent. — Der Stand der unbeschädigt gebliebenen Saaten in Gärten ausgedrückt, stellt sich so dar: Winterroggen 3,0, Wintergerste 3,8, Wintergerste 3,1, Wintererbsen 2,8, Alee 2,1 (4 bedeutet hier — gut, 3 — mittel, 2 — mäßig, 1 — schlecht).

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Mittwoch um 6 Uhr nachm. mit folgender Tagesordnung statt:

Einführung und Bereinigung des neuen Stadtpreisdienstes; Wahlen; Angelegenheit der elektrischen Straßenbahn; Verstärkung von Mitteln für verschiedene Titel der städtischen Verwaltung; Aufhebung der Nebenkasse in Jersitz; Erhöhung der Ausgaben im Stadtkrankenhaus; Umbenennung von Straßennamen; die Angelegenheit des sogenannten „Weihnachtsjudens“; Interpellationen; Austausch einer Parzelle am Przewatel gegen eine Bauparzelle in Jersitz; Aufzug zweier Ställe am nördlichen Rennplatz in Dembsien.

Neue Höchstgrenze für Postanweisungen usw.

Seit dem 16. d. Mts. sind im inneren Verkehr in Polen Postanweisungen, Nachnahmen und von Privatpersonen abgeleitete Wertbriefe bzw. Wertpapiere statt bis 25 000 bis 50 000 Mark zugelassen.

Eine Versammlung der Klassen.

Der Vorstand des Verbandes zum Schutze der Westmarken hatte für Freitagabend eine große Kundgebungsversammlung nach dem Zoologischen Garten einberufen. In dieser Versammlung sprach u. a. Abg. Korfanty, den die Versammelten mit großen Ovationen begrüßten. In längeren Ausführungen gab er ein Bild von den Verhältnissen in Oberschlesien und von dem Leben der Polen dort während und nach der Abstimmung. Am Schluß legte Dr. Korfiwiez den Versammelten folgende Entschliessung vor: Die deutschen Gewalttätigkeiten, von denen uns dauernd Kunde ausgeht, die Gewalttätigkeiten, die von gelaufenen Heeren veranlaßt wurden, um der polnischen Bevölkerung Furcht und Schrecken einzujagen, und die in ihrer Schrecklichkeit das Maß menschlicher Rücksicht und Begriffe überstiegen, hörten nicht nur im Augenblick der für Oberschlesien geschlossenen Entscheidung nicht auf, sondern verstärkten sich sogar und finden dauernd weiter statt. Die Banden der Draufgänger, von denen die Westgebiete Oberschlesiens überfüllt sind, vernichten gemäß den erhaltenen Befehlen alles, was polnisch ist und stoßen fast jeden Tag das Messer in die Herzen standhafter Polen, löschen das für jedes Volk und seine Gesellschaft in seinem Wert so unerschätzbare Leben seiner Führer und verdienten Agitatoren. Und wie wir auch während des ganzen Zeitraums vor der Abstimmung vergeblich nach Hilfe und Schutz für die gefährdeten und geknechteten ober-schlesischen Brüder suchten, so sehen wir heute, daß die Verbrechen und Schandthaten, die gegen sie ausgeübt werden, straflos, scheinbar unbemerkt, vollführt werden. Angesichts einer solchen Sachlage, besonders lebhaft getroffen durch den Tod des unvergeßlichen Dr. Styczynski in Gleiwitz, sowie durch eine

Reihe von Gewalttätigkeiten und Attentaten besonders der letzten Zeit, und da wir nicht den Trieben des Herzens folgen wollen, ehe nicht alle Rechtsmittel erschöpft sind, andererseits um jeden Preis entschlossen, unsere Brüder zu verteidigen und ihnen Hilfe und Erleichterung in der Anrechtenschaft zu bringen, appellieren die am 21. April in der Zahl von vielen Tausenden im Zoologischen Garten in Posen Versammelten an die polnische Regierung, daß sie mit größter Beschleunigung Schritte bei den Regierungen der Alliierten einleite, die dem Treiben der Banditenelemente ein Ende machen, und alle Mittel anwenden, endlich die Kette der Leiden unserer Stammesbrüder und Schwestern zu brechen. Die Entschliessung wurde einstimmig angenommen. Nach Abfindung der „Nota“ und zahlreicher Hochrufen auf die ober-schlesischen Brüder und Korfanty gingen die Versammelten ruhig auseinander.

Aranken-transporte auf Eisenbahnen. Das Eisenbahnmilitär hat eine Verordnung über den Transport kranker Personen auf den Eisenbahnen erlassen. Im Sinne dieser Verordnung muß bei der Bestellung besonderer Abteile oder Wagen für erkrankte Personen die Bezeichnung eines staatlich anerkannten Arztes vorgelegt werden. Diese Bezeichnung muß die Art der Krankheit enthalten und eine Erklärung darüber, ob die Krankheit ansteckend ist oder nicht. Wenn die Krankheit eine ansteckende ist, muß der Beisitzer des Abteils oder Wagens neben den Gebühren für den Transport eine besondere Gebühr für die Desinfizierung des Wagens entrichten. Im Hinblick auf die verschiedenen Arten dieser Desinfizierung und abhängig von der Art der Krankheit wird diese Summe von dem betreffenden Eisenbahnarzt, beziehungsweise vom Oberarzt der Eisenbahndirektion festgesetzt.

Die Osterferien gehen mit dem heutigen Montag zu Ende; morgen, Dienstag, früh 8 Uhr wird der Unterricht in allen Schulen, auch in denen, die bisher erst um 9 Uhr begannen, der Unterricht wieder aufgenommen. Damit beginnt das letzte Tertial, das zwar kürzeste, aber bedeutungsvollste, da an dessen Schluß Ende Juni die Jahresversetzungen stehen.

Anlässlich der jüdischen Osterfeiertage wurden, wie man uns schreibt, die jüdischen Soldaten und die ärmere jüdische Bevölkerung Posens in einer im jüdischen Gemeindehause errichteten Küche rituell verpflegt. Der Speiseaal war prächtig geschmückt und gleich einem Festaal. Bei Beginn des Festes hielt Rabbiner Dr. Freimann eine kurze Ansprache. Die Leitung der Küche war Herrn Moser übertragen, der für muster-gültige Ordnung sorgte. Da auch das Essen vorzüglich war, wird sich jeder Teilnehmer an die schönen Tage mit Freunden erinnern. Dem Vernehmen nach soll die Küche als dauernde Einrichtung in kurzer Zeit wieder eröffnet werden.

Wieder die Kries-Noten. Im Anschluß an die deutsch-polnische Einigung in der Liquidationsfrage sind an der Berliner Börse Gerüchte aufgetaucht, daß sich das Deutsche Reich nachträglich zur Einlösung der Kries-Noten bereit erklären könnte. Diese Annahme dürfte, wie die „D. N. N.“ schreiben, insofern nicht zutreffen, nachdem im Frühjahr 1921 die Klage gegen das Reich auf Einlösung der Kries-Noten vom Kammergericht abgewiesen worden und die gegen diese Entscheidung eingelegte Berufung vom Reichsgericht im November 1921 als unbegründet zurückgewiesen worden ist. Die Kries-Noten tragen zwar in polnischer Sprache den Vermerk: „Die Deutsche Reichsbank übernimmt die Gewähr für die Einlösung der Scheine der polnischen Darlehnskassen in deutscher Mark zum Nennwert.“ Doch stehen das Kammergericht und das Reichsgericht auf dem Standpunkte, daß die Garantie des Reiches nur der polnischen Darlehnskasse gegenüber übernommen worden sei, nicht aber den Inhabern der Noten gegenüber. Unter diesen Umständen erscheint die Reststreitigkeit der Kries-Noten, in den letzten Tagen bis auf 12 1/2, sachlich unbegründet.

Pepito Arriola der spanische Pianist, dessen erstes Auftreten hier vor einigen Wochen besprochen wurde, spielt am Sonnabend, dem 29. April im Evangelischen Vereinshause Werke von Debussy und Ravel sowie eigene Kompositionen. Außer ihm tritt in demselben Konzert ein Wunderkind auf, die elfjährige Pianistin Carmen Ossorio (eine Schwester Arriolas), sie spielt Werke von Bach-Taubig, Schumann Chopin, Ravel, Schubert-Biszt und Paganini-Biszt. Eintrittskarten sind in der Zigarettenhandlung von W. Górski (Hotel Monopoli) zu haben.

Wo sind die Gewinner? Nach der letzten Ziehung der Millionenlotterie wurde ein Verzeichnis der letztgewonnenen Nummern bekanntgegeben für die sich die Gewinner bisher noch nicht gemeldet haben. Die Nummern sind folgende: 0 715 122, 2 154 313, 0 188 746, 2 486 758, 1 735 216, 4 589 735.

Wroschken, 20. April. Durch Unvorsichtigkeit beim Zigarettenrauchen dreier Furschen im Alter von 16 und 17 Jahren entstand am ersten Osterfesttag nachmittags im Wroschken Forst ein Waldbrand. Die Furschen versuchten das Feuer mit Launenzweigen zu löschen, aber durch das Schlagen wurde es noch mehr angefaßt, zumal der Wind iharig blies. Der Sohn des Buchhändlers R. Elias, der in der Nähe zufälligerweise photographische Aufnahmen machte, schickte sofort seinen jüngeren Bruder mit dem Rabe, um die Feuerwehr zu alarmieren. Als diese erschien, hatte der Brand bereits zwei Morgen ergriffen. Durch Abgraben und Spritzen konnte das Feuer in einer Stunde bewältigt werden. — Am zweiten Osterfesttag wurden in der hiesigen evangelischen Kirche 24 Kinder konfirmiert, und zwar von solchen Eltern, die anwandern, während der Rest der Kinder eine Woche nach Pinaffen eingeseget wird.

Görden, 20. April. Am 1. Osterfeiertage feierten hier die hochbetagten Eheleute Schumachermeister Gustav Wandell und Frau Pauline geb. Hartig die goldene Hochzeit. Die bestehenden Grenzschwierigkeiten hatten zur Folge, daß die in Deutschland lebenden Kinder den Eltern nicht durch ihre Anwesenheit den Ehrentag verkörnern konnten. Da Wandell früher dem evangelischen Kirchenvorstand angehörte, erliefen ihn die Görden Vorstandsmitglieder durch ihren gemeinschaftlichen Gratulationsbesuch.

Bromberg, 18. April. Die am 16. Januar verhängte und am 16. April abgelassene Hundesperre ist auf weitere drei Monate verlängert worden, da ein neuer Fall von Tollwut festgestellt wurde. — Am Sonnabend um 1/10 Uhr abends brach in Oplawitz bei dem Besitzer Miewiarowski Feuer aus, dem das Wohnhaus mit fast dem ganzen toten Inventar zum Opfer fiel. Der Schaden beläuft sich auf 1 1/2 Millionen Mark. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt. — Am 11. April wurde die 18jährige Frieda O., die einzige Tochter des Besitzers Albert O. aus Schulitz, von einem Manne auf dem Wege Schulitz-Chrosna angefallen, mit einem Messer am Kopfe schwer verwundet und schließlich an ihr ein schweres Verbrechen verübt. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Nach mühevollen Untersuchungen ist es der Kriminalpolizei jetzt gelungen, den Täter in der Person des Reinhold Enkisch zu ermitteln. Er hat eines gleichen Verbrechens wegen bereits eine Strafe von elf Jahren Gefängnis verbüßt.

Thorn, 23. April. Der zum Stadtpräsidenten gewählte Richter Mikalek ist von seinem Richteramt entbunden worden, um den neuen Posten antreten zu können.

Thorn, 21. April. In der Nacht zum Mittwoch gegen 12 Uhr wurde der hiesige Händler Barcewicz überfallen, als er nach Hause zurückkehrte. In einem Restaurant hatte ein Kellner bemerkt, daß B. eine größere Summe Banknoten bei sich hatte. Er ließ dem Gäste nach, und in einer wenig belebten Gasse verlegte er ihm hinterträts mit einem Sack einige Stiege über den Kopf. Das Hervorrufen eines Polizeibeamten verhinderte den Raub. Der Bandit konnte flüchten.

Thorn, 19. April. Die Polizei nahm eine gewisse P., eine etwa 20jährige Arbeiterin der Buchdruckerei des „Clowo Pomorskie“, fest, die seit einiger Zeit fortgesetzt Blei gestohlen hat, das für die Linotype-Segmalchine gebraucht wird. Der Schaden ist nicht unbeträchtlich.



